

„Wiener Club“

Der Aufbau von Antiterror-Strukturen in Österreich war ein langwieriger Prozess. Der Durchbruch kam Ende der 1970er-Jahre. Mit dem „Wiener Club“ wurde ein internationales Gremium zur Terrorbekämpfung gegründet, das weitgehend in Vergessenheit geraten ist.

Fünfhundert Meter hoch stieg die Rauchsäule, ein Flammenmeer hielt Feuerwehrleute die ganze Nacht auf Trapp: Am 4. August 1972 waren bei Triest vier Tanks in einem Öllager der *Transalpine Ölleitung (TAL)* in Brand geraten. Das Ausbreiten der Flammen konnte verhindert werden. Es gab 18 Verletzte. Unglücksursache war Sabotage durch Angehörige der palästinensischen Terrororganisation *Schwarzer September*.

Das Attentat in Triest war einer der ersten Vorfälle in Westeuropa, von denen Österreich indirekt betroffen war. Über die Transalpine Pipeline wurde Erdöl über die Alpen nach Ingolstadt in Bayern gepumpt. Gendarmeriepatrouillen sicherten das durch Kärnten verlaufende Stück, die in Würmlach abzweigende Adria-Wien-Pipeline sowie die Donauüberbrückungen zwischen der Lobau und Schwechat. In welchen Ausmaß sich der Terrorismus damals internationalisiert hatte, zeigte sich wenige Wochen später: Bei den Olympischen Sommerspielen 1972 in München nahmen Terroristen des Schwarzen Septembers am 5. September 1972 israelische Sportler als Geiseln. Die Aktion endete mit dem Tod der neun Athleten bei einem missglückten Befreiungsversuch. Insgesamt kamen 17 Menschen ums Leben.

Weniger bekannt ist, dass im Jänner 1973 zwei Teams des *Schwarzen Septembers* festgenommen wurden, bevor sie in Schönau in Niederösterreich jüdische Auswanderer aus der Sowjetunion als Geiseln nehmen konnten. Ermittlungen ergaben, dass Genf die Drehscheibe für die Operation war. In einem Dokument der Schweizer Bundespolizei wird diese „Europäisierung der Terroraktionen“ als neue Bedrohung herausgestrichen: „Fest steht hingegen, dass die Terroristen in Europa Stützpunkte er-



Einsatzkommando Cobra: Erster Vorläufer war das „Gendarmerieeinsatzkommando Bad Vöslau“.

richtet haben, von denen aus ihre Beauftragten einen Teil der Attentatsvorbereitungen betreiben. Diese Stützpunkte dienen auch als Etappen beim Einsatz der Terroristen und dienen gleichzeitig als Basis für die Rekrutierung von Helfern. Es kann als sicher gelten, dass in Genf, Paris und Wien solche Stützpunkte vorhanden sind oder waren. Rom kann zu mindestens als Etappenort gelten.“ Auf die Konfrontation mit einem so mobilen und weitverzweigten Gegner waren die westlichen Sicherheitsbehörden Anfang der 1970er-Jahre nicht vorbereitet.

Österreich bildete keine Ausnahme: Im September 1973 gelang es der syrischen *Saika* in einem Zug mehrere jüdische Emigranten als Geiseln zu nehmen – die im Austausch für die Schließung des Lagers Schönau freigelassen wurden. Zwei Jahre später ereignete sich die OPEC-Geiselnahme in Wien. Der daraufhin weltbekannte Ilich Ramirez Sanchez, genannt „Carlos“, nahm elf Erdölminister als Geiseln und schaffte es, mit ihnen als Faustpfand nach Algerien auszufliegen. Niemals zuvor und nie wieder danach haben sich so viele hochrangige Politiker in den Händen von Terroristen befunden. Obgleich dramatisch, führten die beiden Ereignisse zu keinen generellen Veränderungen im Bereich der inneren Sicherheit.

In einem Artikel im Nachrichtenmagazin „profil“ im Herbst 1975 hieß es, dass Österreich „von der zeitgemäßen Verbrechenswelle des Terrorismus“ nahezu „verschont“ geblieben sei. Der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Dr. Oswald Peterlunger, versicherte: „Es gibt keine gefährlichen Banden.“ Dieses trügerische Sicherheitsgefühl einer „Insel der Seligen“ und die Unzulänglichkeiten im Apparat sollten nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die Hauptsorgen der Polizei-

und Gendarmerieführung galten der ungenügenden Bewaffnung sowie der mangelnden Ausbildung in der Selbstverteidigung: „Die Beamten haben jährlich ein Schießprogramm von 25 Schuss zu absolvieren – einhändig auf eine Entfernung von 25 Metern auf die Knie.“ Die 1945 gegründete Staatspolizei (Abteilung I) war zumindest auch für Terrorabwehr und Gegenspionage zuständig, sie litt aber unter Personalmangel. Ende 1975 gab es in Österreich nur 250 Staatspolizisten, davon 120 in Wien.

Diese Schwächen traten Ende 1977 voll zutage: Der linksextreme Terrorismus, der die BRD schon seit Ende der 1960er-Jahre in Atem gehalten hatte, griff auf Österreich über. Mitglieder der *Bewegung 2. Juni*, einer westdeutschen Kleingruppe, die später in der *Roten Armee Fraktion (RAF)* aufging, entführten den Fabrikanten Walter Palmers. Mit dieser „unpolitischen Geldbeschaffungsaktion“ lukrierten sie rund 31 Millionen Schilling. Kurze Zeit später wurde die Ehefrau des *Schöps*-Gründers Leopold Böhm verschleppt. Dieser Fall hatte einen rein kriminellen Hintergrund – das Opfer kam nach fünf Tagen frei. Erneut handelte sich die Polizei Häme ein. Böhm selbst hatte die Zusammenarbeit mit der Exekutive öffentlich „aufgekündigt“. Im Rahmen des Ministerrats kritisierte daraufhin Bundeskanzler

Dr. Bruno Kreisky die Wiener Polizei und insbesondere deren Präsidenten Dr. Karl Reidinger: Gefährdete Personen seien zu schützen. Laut den Ministerratsaufzeichnungen von Handels- und Industrieminister Dr. Josef Staribacher erklärte sich Innenminister Erwin Lanc dazu „vollkommen außerstande, weil er einen ungeheuren Mangel an geeigneten Leuten hat“. Genau hier war man um rasche Abhilfe bemüht: Nur acht Tage nach der Böhmer-Entführung erging die Weisung, „eine spezielle Gruppe von Beamten zur Vorbeugung und Bekämpfung der Auswirkungen des Terrors auf unser Bundesgebiet aufzustellen“.

Schaffung von Antiterror-Strukturen.

Unter der Bezeichnung *Kriminalbeamten-Einsatzgruppe (KEG)* wurde die neue Einheit am 20. Februar 1978 als Referat 8 bei der Bundespolizeidirektion Wien, Abteilung I (Staatspolizei) angesiedelt. Von Anfang an dabei war der heutige Bürgermeister von Rum in Tirol, Edgar Kopp: „Bei der Zusammensetzung der KEG ist man bestrebt gewesen, österreichweit zusammenzuarbeiten. Neben 24 Kolleginnen und Kollegen aus der Wiener Staatspolizei sind je zwei Kriminalbeamte aus Innsbruck, Salzburg, Linz, Graz und Klagenfurt nach einem zweitägigen fachlichen und körperlichen Eignungstest aufgenommen worden“, berichtet Kopp. „Es hat laufend Schulungen über den palästinensischen und RAF-Terrorismus gegeben. Neben einem intensiven Schießtraining haben wir auch mit dem Gendarmerieeinsatzkommando gemeinsame Schulungen und Kurse mit der deutschen GSG 9 gehabt.“

Mit der Etablierung der KEG sei Neuland beschrritten worden, berichtet Chefinspektor i. R. Herbert Zwickl: „Bis zur Palmers-Entführung hat es in Österreich so etwas wie Terrorbekämpfung nicht gegeben. Die KEG ist der erste Schritt dazu gewesen.“ Innenminister Lanc habe Filmvorführungen und Vorträge organisieren lassen. „Wir haben dann die Themen aufgeteilt: arabischer Terrorismus, Links- und Rechtsterrorismus und Waffenhandel.“ Wichtig sei das Sammeln von Informationen gewesen, sagt Zwickl. „Wir können nicht warten, bis etwas passiert. Es müssen auch Hinweise über Quellen lukriert werden. Das ist schön langsam in Gang gekommen.“

Kurz davor, am 1. Jänner 1978, war eine für das gesamte Bundesgebiet zu-

ständige Spezialeinheit installiert worden: Das *Gendarmerieeinsatzkommando (GEK)*, der Vorläufer des Einsatzkommandos Cobra. Es wurden ausschließlich Freiwillige aufgenommen, die sich einem rigiden körperlichen und psychologischen Auswahlverfahren unterziehen mussten. Insgesamt wurden in dieser Anfangsphase 70 Millionen Schilling investiert. Ende August 1978 besuchte der Kommandant der *Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9)*, Ulrich Wegener, Österreich. Die Visite hatte den Zweck, das *GEK* zu „begutachten“, denn die *GSG-9* war Pate gestanden.

Als das *GEK* am 1. September 1978 vollzählig war, berichtete die „Presse“: „Das Training läuft auf vollen Touren, kontrolliert von deutschen Beratern, Pardon Vortragenden, die den Verantwortlichen in Österreich auch wertvolle Tipps über die Art der Ausrüstung geben.“ Bei Vergleichswettkämpfen in den 1980er-Jahren sollte sich ergeben, „dass der Schüler seinen Lehrer nicht nur ebenbürtig wird, sondern deutlich übertrifft“, wie es der damalige Innenminister Karl Blecha ausdrückte.

„**Berner Club**“. Die dritte Komponente in diesem Aufbauprozess der heimischen Antiterror-Infrastruktur war die internationale Vernetzung: Schon 1969 war ein bis heute geheimnisvolles Gremium entstanden – der *Berner Club (Club de Berne)*. Ihm gehörten zu Beginn Sicherheits- und Nachrichtendienste aus neun westeuropäischen Ländern an: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Dänemark und Schweiz.

„Die Leiter der Dienste trafen sich zweimal pro Jahr zu Lagebeurteilungen und Festsetzungen von Prioritäten in der praktischen Arbeit“, schreibt dazu die Basler Historikerin Aviva Guttmann in einer Forschungsarbeit. Hauptaugenmerk war der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, aber auch Spionageabwehr und die Unterbindung illegalen Technologietransfers. Der *Berner Club* verfügte über ein chiffriertes Telexsystem, an das neben den Mitgliedsstaaten auch andere Länder angeschlossen waren. In den 1970er-Jahren kam Österreich hinzu.

Geheimkonferenz im Schloss Laudon.

In Wien verfolgte man auch eigene Pläne: So entstand Ende der 1970er-Jahre ein Pendant zum *Berner Club* – der



Überfall auf die OPEC im Dezember 1975 in Wien.

Wiener Club (Club de Vienne). Am 10. April 1978 traf Innenminister Erwin Lanc seine Amtskollegen Hans Hürliemann (Schweiz), Werner Maihofer (BRD) und Francesco Cossiga (Italiens) in Bern. Es wurde beschlossen, in nicht festgelegten Abständen die Gespräche weiterzuführen und bei der Terrorbekämpfung eng in Kontakt zu bleiben. Schauplatz des nächsten Treffens war am 10. September 1978 das Schloss Laudon, Sitz der Verwaltungsakademie des Bundes in der Mauerbachstraße im 14. Bezirk in Wien. Diesmal wurde zusätzlich Frankreichs Innenminister Christian Bonnet eingeladen. Die BRD vertrat der neue Innenminister Gerhart Baum, Italien Virginio Rognoli und die Schweiz Bundesrat Kurt Furgler.

In einem Bericht in der „Kronen Zeitung“ stand: „Schloss Laudon wurde deshalb als Schauplatz der Gipfelkonferenz gewählt, weil es von einem Wassergraben umgeben und deshalb besonders leicht zu schützen ist. Für die Sicherheit der Politiker und ihrer Berater wurde bestmöglich vorgesorgt. Das Begleitschutzkommando ‚Skorpion‘ (eine frühere inoffizielle Bezeichnung für das *GEK*) steht bereit. Die ‚James Bonds‘ von Innenministerium und Polizeidirektion unternahmen mit dem kugelsicheren Auto bereits in der Nacht zum Samstag Probefahrten, um die günstigste Route herauszufinden.“ Selbst der Essenstransport sei vom *GEK* so penibel überwacht worden, wie das Schlossareal.

Grund für die außerordentlichen Sicherheitsvorkehrungen war, dass sich

die Höhepunkte des „Deutschen Herbstes“ – die Flugzeugentführung nach Mogadischu und die Selbstmorde der Gründergeneration der RAF – zum ersten Mal jährten. Weiters war am 6. September 1978 der RAF-Mann Willi Peter Stoll bei einem Festnahmeversuch in Düsseldorf erschossen worden. Die ursprünglich geheim geplante Zusammenkunft wurde aufgrund einer „Indiskretion“ kurz vor dem eigentlichen Beginn öffentlich.

Die „Kronen Zeitung“ brachte als erste Tageszeitung die Meldung: „Geheimkonferenz gegen Terrorismus heute in Wien“. Aber wie ein Bericht des Innenministeriums im Nachhinein zufrieden vermerkte, blieb alles ruhig: „Obwohl durch eine Zeitungsmeldung das Treffen entgegen den Intentionen frühzeitig bekannt wurde, kam es zu keinerlei Zwischenfällen und zu keinerlei massiven Auftreten von Journalisten. Lediglich ein Fotoreporter [...] hat einige Aufnahmen gemacht.“

Die Besprechungen im Konferenzraum im Schloss Laudon dauerten bis gegen ein Uhr. Am nächsten Morgen wurden die Minister und ihre Entourage per Hubschrauber zum Flughafen Wien-Schwechat gebracht. Zum Inhalt der Gespräche gab es keine Information. Ein Sprecher des Innenministeriums stellte lediglich klar: „Die Erfolge der letzten Zeit in der Terrorbekämpfung sind weitgehend auf diese verbesserte und persönliche internationale Zusammenarbeit zurückzuführen.“ Dass nichts verlautbart wurde, „lag auf der Hand“, schrieb Journalist Erich Grolig. Es sei

um die Koordinierung von grenzüberschreitenden Fahndungsmaßnahmen gegangen, „um die Vereinfachung oder sogar Ausschaltung aller jener bürokratischen Maßnahmen, die einer raschen internationalen Suchaktion von Land zu Land immer wieder gegenüberstehen.“ Das wichtigste Problem in diesem Zusammenhang – möglichst effektive Grenzkontrollen, um den Terroristen Reisebewegungen zu erschweren – sei auch bei dem Wiener Treffen nicht gelöst werden. Denn das Rezept dafür – „lückenlose Passüberprüfungen“ – würde im „Zeitalter des Massentourismus“ zu Stauungen und Verspätungen bzw. zur Überlastung der Zollbeamten führen. Weitere Beratungspunkte waren die übernationale Koordinierung der Polizei-Funksysteme und die möglichst einheitliche Ausbildung und Ausrüstung der Sonderkommandos.

Auftakt für den Wiener Club. Fast vier Jahrzehnte später erinnert sich Erwin Lanc im Interview mit dem Verfasser an diesen inoffiziellen „Geburtstag“ des *Wiener Clubs*: „In der Nachtsitzung am 10. September 1978 haben die fünf Innenminister beschlossen, dass die Sicherheitsinstitutionen der betreffenden Länder, also die Geheimdienste und bei uns die Gruppe C/Staatspolizei Informationen austauschen sollten, um einander bei Fahndungen helfen zu können. Die Spitzenbeamten haben mir anschließend berichtet, dass das zum ersten Mal gewisse Erfolgsaussichten birgt. Ein besonderes Verhältnis hatte ich zum dreimaligen Schweizer Bundespräsidenten und Amtskollegen, Kurt Furgler, dessen Tochter in Wien verheiratet und hier Schauspielerin war. Zwischenzeitlich gab es auch ein Treffen in Luxemburg, weil die Luxemburger Interesse an einer Zusammenarbeit erkennen haben lassen. Am 6. April 1979 fand ein weiteres Innenminister-Treffen auf Schloss Gymnich in Nordrhein-Westfalen statt. Dort hat man sich mehr oder weniger zufrieden damit gezeigt, was sich bis dahin entwickelt hatte.“

Die vom Linksterrorismus damals nur peripher betroffenen Länder Österreich und Schweiz waren Transitländer für den Weg von der BRD nach Italien,



Wasserschloss Laudon in Wien: Bei einer geheimen Konferenz wurde hier am 10. April 1978 der „Wiener Club“ gegründet.

in umgekehrter Richtung oder über Flugverbindungen in den Nahen Osten. In der „Basler Zeitung“ hieß es dazu: „Obwohl Österreich und die Schweiz ‚nur am Rande der Terrorszene stehen‘, [...], bildeten sie aufgrund ihrer Lage eine Art Korridor zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien. Darum sei dem grenzüberschreitenden Terror ‚keineswegs nur aus aktuellen Anlass‘ besondere Aufmerksamkeit zu schenken.“ Aber Österreich hatte noch ein Ass im Ärmel, das es zu einem Kooperationspartner auf Augenhöhe machte, erklärt Lanc: „Wir hatten einen Informations-Vorsprung gegenüber den anderen durch die Beziehung zur palästinensischen Befreiungsorganisation PLO. Ebenso durch unsere guten Kontakte zu Ägypten – vor allem zum damaligen Vize von Anwar Sadat, Hosni Mubarak, der auch Chef des Geheimdiensts war. Diese Connections hatten die anderen nicht – aber sie hatten Informationen über Auslandsaktivitäten in Lagern für Terroristen im Libanon, in Syrien und Libyen.“ Und man bekam Informationen in Bezug auf Aktivitäten der RAF oder der Bewegung 2. Juni im Zusammenhang mit Österreich: „Das war schon interessant für uns, was da eventuell auf uns zukommt. Vielleicht war auch von den italienischen Brigade Rosse Relevantes dabei, aber die waren sehr national bezogen. Da sind mir keine Auslandsaktivitäten in Erinnerung“, betont Lanc.

Kanal zur PLO. Der Draht in den Nahen Osten machte sich bezahlt: Kreisky hatte aus den Anschlägen von 1973 und 1975 den Schluss gezogen, dass Kontakte zur PLO, der Dachorganisation

des palästinensischen Widerstands, Sicherheit für Österreich schaffen könnten. Außerdem sollte dieser Kurs die PLO politisch „normalisieren“. Zu diesem Zweck fungierte Kreisky als Gastgeber der ersten Empfänge von PLO-Chef Jassir Arafats auf dem diplomatischen Parkett. Vor allem erkannte Österreich als erster westlicher Staat die Organisation 1980 offiziell an, um damit eine internationale Vorbildwirkung zu entfalten.

Darüber hinaus gab es einen geheimen Kanal: Über den Arafats Sonderbeauftragten Issam Sartawi erhielt Lanc direkt Informationen zu möglichen Bedrohungen seitens radikaler PLO-Kleingruppen. Mitte 1977 war Lanc diesbezüglich in Jugoslawien zu Besuch – „mit der Möglichkeit, die dort tagende Führung der PLO zu treffen, darunter Jassir Arafat. Ich habe eindringlich darauf aufmerksam gemacht, dass es für die Umstellung des palästinensischen Befreiungskampfs von Terror und Gewalt auf Politik entsprechend beschränkende Maßnahmen der PLO für alle ihre verschiedenen Untergruppen bedarf. Das wurde zumindest verbal zur Kenntnis genommen.“ Diesen unorthodoxen Zugang unterstreicht auch folgende Begebenheit: Am 28. Jänner 1979 traf sich Kreisky beim Heurigen „Zimmermann“ in der Armbrustergasse mit einem für Nahost- und Terrorfragen zuständigen sowjetischen Diplomaten. Lanc brachte Sartawi und den israelischen Friedensaktivisten Uri Avnery hinzu, „so unter dem Motto: Welch Zufall, man trifft sich beim Heurigen in Wien.“

Die über die PLO gewonnenen Informationen wurden schließlich an die Ermittler von der KEG weitergegeben, erinnert sich Chefinspektor Zwickl: „Unser größtes ursprüngliches Manko war, dass wir keine Auslandskontakte hatten. Das war alleinige Sache der Gruppe C im Ministerium. Der Informationsfluss ging strikt von oben nach unten. Irgendwann ist dann ein Zettel auf unserem Tisch gelandet, wo zum Beispiel eine verdächtige Reisebewegung gemeldet wurde, um die wir uns kümmern sollten. Auch von Sartawi kamen Hinweise, weil er Österreich vor Terrorismus schützen und hier ‚beruhigend‘ Einfluss



Einsatzübung des Gendarmerieeinsatzkommandos (GEK) 1978.

nehmen wollte. Aber grundsätzlich galt: Die höhere Politik machen wir nicht, wir sind die ausführenden Organe.“

TREVI-Gruppe. Abgesehen vom *Wiener Club* kooperierte Österreich auch im Rahmen der *TREVI-Gruppe* (*Terrorism, Radicalism, Extremism and Political Violence*) den Mitgliedstaaten der *Europäischen Gemeinschaft (EG)*. Letztlich sei das Ergebnis „nicht immer ganz befriedigend“ gewesen, „aber es hat dadurch doch mehr Kontakte zwischen den einzelnen nationalen Sicherheitsapparaten gegeben, als das vorher der Fall war. Vor allem hat man darüber beraten können, welche politischen Schritte zu unternehmen sind, um den europäischen Heimterrorismus den Garaus aus zu machen“, resümiert Lanc.

Alle diese wichtigen Initiativen konnten freilich nicht verhindern, dass in den 1980er-Jahren die Gruppe des PLO-Abtrünnigen Abu Nidal drei Anschläge in Österreich verübte: Den Mord an Stadtrat Heinz Nittel (1981), den Überfall auf die Wiener Synagoge (1981) sowie auf den El-Al-Schalter am Flughafen Schwechat (1985).

Von der KEG zur EBT. Als eine Konsequenz daraus gründete Innenminister Karl Blecha 1987 die Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (EBT), die sich im Wesentlichen aus der KEG rekrutierte – aber im Unterschied zu dieser verstärkt nachrichtendienstlich operieren konnte, unterstreicht Zwickl: „Zuvor haben wir uns wie in einem Schneeballsystem mehr und mehr professionalisiert. Beim Aufbau der EBT war dieser Prozess abgeschlossen. Alle alten Hasen sind in die neue Gruppe gewechselt, und wir haben einige große Erfolge gehabt: Wir haben Ende 1987 Aufenthalte von Mitgliedern und Kurieren der Japanischen Roten Armee in Österreich festgestellt und sie über Fingerabdrücke identifiziert.“

Ein Mann, der 1991 den Verkehrsminister und die ÖBB erpresst hatte, wurde bei einer fingierten Geldübergabe am Friedhof in Gumpoldskirchen verhaftet. 1992 wurden zwei Mitglieder des Hawari-Netzwerks festgenommen, die Anschläge auf kuwaitische Einrichtungen in Wien vorbereitet hatten. Einer der beiden wurde an Großbritannien ausgeliefert, wo er ebenfalls in einen

Terrorfall verwickelt war. „Als EBT sind wir in die internationalen Kreisläufe eingebunden gewesen“, berichtet Zwickl. „Wir waren etwa bei *Police Working Group*-Konferenzen mit dabei, und man hat unseren Input geschätzt.“ Die EBT ging 2002 mit den staatspolizeilichen Strukturen im neuen *Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT)* auf.

„Pragmatische Maßnahmen“. Der *Wiener Club* blieb noch eine Zeit lang bestehen: 1989 traf sich die Runde im *Austria Center Vienna*. Es gab neue Weichenstellungen, über den Terrorismusbezug hinaus. Laut Innenminister Franz Löschnak galt es, „pragmatische Maßnahmen“ gegen eine zu erwartende „Völkerwanderung“ im Zuge des Umbruchs in Osteuropa zu ergreifen. Der *Wiener Club* sei übereingekommen, das „Schlepperunwesen“ effektiver zu bekämpfen. Infolge wurden konkrete Projekte zur Bekämpfung des Drogenhandels auf der „Balkan-Route“ erarbeitet. Im Zuge der EU-Integration Österreichs verlor der Zusammenschluss aber rasch an Bedeutung. *Thomas Riegler*